

Buchbesprechung: Rupert Pichler, Michael Stampfer, Reinhold Hofer: *Forschung, Geld und Politik*

König, Thomas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

König, T. (2008). Buchbesprechung: Rupert Pichler, Michael Stampfer, Reinhold Hofer: *Forschung, Geld und Politik*. [Rezension des Buches *Forschung, Geld und Politik: die staatliche Forschungsförderung in Österreich 1945-2005*, von R. Pichler, M. Stampfer, & R. Hofer]. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 37(3), 379-380. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-281759>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Buchbesprechungen

Rupert Pichler/Michael Stampfer/Reinhold Hofer
FORSCHUNG, GELD UND POLITIK. Die staatliche
Forschungsförderung in Österreich 1945–2005,
Innsbruck/Wien/Bozen 2007, Studienverlag, 398 S.,
44,90 EUR.

Scheinbar stehen sich „Forschung“ und „Politik“ ja unver-
söhnlich gegenüber. Denn während die eine sich nur
möglichst unbeeinflusst und langfristig zu hoher Innova-
tivkraft entwickelt, hat die andere gewissermaßen system-
logisches Interesse daran, sich einzumischen und auf
kurzfristige Ergebnisse zu pochen. Nur, wie schon im Titel
des hier besprochenen Buches klar gemacht wird, gibt es
eben doch eine Gemeinsamkeit, die die beiden Bereiche
aneinander bindet, nämlich: das Geld. (Institutionalisierte)
Formen der Organisierung und der regulierten Vergabe
staatlicher Transferleistungen an die wissenschaftliche
Forschung stehen daher auch im Mittelpunkt der Unter-
suchung von Rupert Pichler, Michael Stampfer und Rein-
hold Hofer.

Dass etwa die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung
in Prozentzahlen am Gesamtbudget eines Staatshaushalts
gemessen wird, ist eine normative Vorgabe, die in den
1960er Jahren von Seiten der OECD forciert wurde – wie
überhaupt diese und andere internationale Organisationen
einen beträchtlichen Einfluss auf die Wissenschaftspolitik
in Österreich hatten. Eine der Stärken des Buches liegt nun
aber darin, dass sie die Frühzeit der Zweiten Republik und
die eine oder andere dabei „vergebene Chance“ (S. 65)
nicht außer Acht lassen. So ist einer der spannendsten
Aspekte, dass Forschungspolitik in Österreich lange Zeit
eben nicht „zu den staatlichen Kernaufgaben“ (S. 11) ge-
zählt wurde. Auch wenn sich – entgegen den Mutmaßun-
gen der bisherigen Fachliteratur – ihre „Entwicklungslinien
[...] bis auf die unmittelbare Nachkriegszeit zurückzuführen“
sind, so sind trotzdem die Reformjahre nach 1960 als
der Ausgangspunkt der „österreichischen Forschungspoli-
tik und -förderung“ (S. 363) zu sehen.

Geschichte und Funktionsweise von intermediären
Organisationen, die für die Vergabe von Ressourcen für
die wissenschaftliche Forschung eingerichtet wurden,
gelten zugleich als Gradmesser für die „Autonomie“ des
wissenschaftlichen Feldes. Je unabhängiger, selbstständiger
diese Organisationen sind, so die übliche Annahme,
desto eher sind Grundbedingungen für innovative For-
schung gewährleistet. Nach 1945 ging diese Entwicklung
in Österreich zunächst äußerst schleppend vor sich und
beschleunigte sich dann in der Phase der Planungseuphorie,
die zugleich einen „Nachholprozess“ einleitete und eine
„Aufgabe der Sonderwege“ verlangte (S. 26). Das Jahr
1967, in dem mit dem „Fonds zur Förderung der wissen-

schaftlichen Forschung“ eine solche intermediäre Organi-
sation eingerichtet wurde, stellt daher den „Fluchtpunkt“
(S. 9) dar. Entscheidend war auch, dass man nun auf den
langfristigen volkswirtschaftlichen Wert, der in der For-
schungsförderung steckte, zu setzen begann. Das hat sich
bis heute auch nicht wesentlich geändert. Doch die Aus-
gestaltung, die richtige Gewichtung von Steuerung und
Autonomie, stehen im Vordergrund. In dieser Hinsicht ist
Österreich „ein ‚normales‘ europäisches Land geworden“
(S. 335).

Spannend ist, wie sich forschungspolitische Akzentset-
zung in der Zweiten Republik zu forschungspolitisch mo-
tiverter Steuerung und Ressourcendistribution ausgestal-
tete. Fragen in diesem Zusammenhang lauten: Warum
bedurfte es einer so langen Vorlaufzeit; warum ist die
Forschungsförderung heute so fragmentiert; was waren
mithin also die historisch-kontingenten sowie die struktu-
rellen Bedingungen für die spezifisch österreichische Aus-
gestaltung? Eindeutig geht das leider auch aus dem vor-
liegenden Buch nicht hervor. Das liegt nicht zuletzt daran,
dass man sich, wie in der sozialwissenschaftlichen Wis-
senschaftsforschung üblich, an ein theoretisches Konstrukt
anlehnt, das die Autoren das historische Spezifikum des
österreichischen Falles verkennen lässt. Die Idee eines
„Nationalen Innovationssystems“ (S. 41) mag – abgesehen
davon, dass es in der Fachliteratur durchaus divergente
Ansichten dazu gibt – instruktiv sein, wenn es um die
theoriegeleitete Analyse aktueller Forschungspolitik geht.
Aber für die historische Dimension ist es schlicht falsch,
denn, wie bereits erwähnt, dauerte es einige Jahrzehnte,
ehe das Politikfeld Wissenschafts- und Forschungspolitik
herausgeschält worden war.

An sich wird eine interessante Mischung aus historio-
graphischem und statistisch-szientometrischem Ansatz
dargeboten. Allerdings gelingt es nicht, die beiden Berei-
che zusammenzubringen. Das ist in methodologischer
Hinsicht zwar verständlich – die beiden Ansätze können
bezüglich des verwendeten Datenbestandes, ihrer metho-
dischen Verfahren und Logiken sowie ihrer erkenntnisthe-
oretischen Ansprüche und den daraus folgenden unter-
schiedlichen Verstehensweisen von systematischer Erar-
beitung unterschiedlicher nicht sein. Aber dennoch bleibt
der Eindruck bestehen, dass in den historischen Teilen nur
erzählt, und in den szientometrischen Teilen des Buches
entlang des „stark ökonomisch determinierte[n] Fokus als
Leitlinie“ (S. 18) die Konstruktion des „Nationalen Inno-
vationssystems“ vorangetrieben wird.

Das Buch ist daher, wiewohl es sich in gewisser Weise
um eine klassische Politikfeldanalyse handelt, nicht im
eigentlichen Sinne politikwissenschaftlich, sondern eben
historisch (wo es um das Nacherzählen von Entscheidungs-

findungen aus den Quellen geht) bzw. ökonomisch (wo es um die theoretische „Leitlinie“ geht). Die Fragen nach epochenspezifischen, wissenschaftspolitischen Präferenzen, nach strategischen Interessen von (institutionellen und individuellen) Akteuren, nach unterschiedlichen Steuerungsprozessen und -verfahren werden zwar an verschiedenen Stellen des Buches, aber nicht systematisch behandelt.

Trotz dieser Kritik ist das Buch von Pichler, Stampfer und Hofer in mehrerlei Hinsicht eine bemerkenswerte Studie geworden. Das liegt zum einen an dem äußerlichen Umstand, dass das Thema bisher kaum zu einem Untersuchungsgegenstand geworden ist. Die Autoren erwecken auch gar nicht den „Anspruch einer lückenlosen Gesamtdarstellung“, sondern regen zu weiteren Arbeiten an: „Die historische Dimension der Wechselwirkungen zwischen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft verdient noch viel Aufmerksamkeit“ (S. 9). Zum anderen liegt dem Buch die Auswertung von bisher unberücksichtigt gebliebenen Quellenbeständen aus dem Staatsarchiv bzw. der Akademie der Wissenschaften zugrunde. Die erstaunlich detaillierten Ergebnisse dieses Studiums verweisen auf die Notwendigkeit, dass die „historische Dimension“ vor allem einer Differenzierung bedarf, wie sie sozialwissenschaftlichen Ansätzen in diesem Bereich oftmals abgeht. Drittens ist das Buch eine interdisziplinäre Gemeinschaftsproduktion, deren Autoren selbst in verschiedenen Anwendungsbereichen des wissenschaftlichen Feldes stehen. Dass es aber keine wie sonst übliche Apologie auf die hiesigen Verhältnisse wurde, sondern eine kritische Auseinandersetzung mit diesen, das ist – quasi wissenschaftspolitisch – die erfreulichste Tatsache.

Thomas König (Wien)

E-mail: thomas.koenig@univie.ac.at

Erich Fröschl/Helmut Kramer/Eva Kreisky (Hg.)

POLITIKBERATUNG ZWISCHEN AFFIRMATION UND KRITIK

Wien 2007, Braumüller, 259 S., 24,90 EUR.

Lässt sich Politikberatung als ein praxisorientiertes und berufliches (professionelles) Anwendungsfeld der akademischen Disziplin der Politikwissenschaft verstehen? Begrifflich kann Politikberatung sowohl Politik-, PolitikerInnen- und Gesellschaftsberatung implizieren, mit teilweise fließenden Übergängen – aber auch Spannungsfeldern – zwischen diesen Konzepten. Als zentrale Forschungsfrage thematisiert vorliegendes Buch die *Politikberatung* einerseits als „Objekt politikwissenschaftlicher Forschung“ sowie andererseits als „Tätigkeitsfeld von PolitologInnen“ (S. 4). Darin reflektiert sich, dass über die universitäre Lehrschiene der Politikwissenschaft auch (aber natürlich weit nicht ausschließlich) künftige Generationen von PolitikerInnen und politischen BürgerInnen ausgebildet wer-

den. Seit den 1990er Jahren nimmt in Österreich das Phänomen der Politikberatung zu. Akademische (universitäre wie außeruniversitäre) Formen der Politikberatung werden dabei durch private Formen ergänzt, wie: (1) *Political Campaigning*, mit Einbindung internationaler BeraterInnen; (2) PolitologInnen gründen eigene Politikberatungsunternehmen; (3) es entsteht mehr Bedarf nach Mediencoaching für die Politik; (4) Ministerien erweitern die „BeamtInnenexpertise“ durch externe (*out-house*) Kompetenzen. Diese vermehrte Politikberatung entwickelt sich parallel zu neuen Herausforderungen an die Politik im Sinne eines zunehmenden Problemdrucks, kontextualisiert in voranschreitender Medialisierung – in den Worten von *Helmut Kramer*: „[...] d.h. in immer stärkerer Verengung der politischen Gestaltungsräume durch Medialisierung und Auslieferung der Politik an neoliberale Marktzwänge“ (S. 254). Dazu wird im Buch formuliert: (1) Demokratiepoltisch bedenklich wäre es, wenn es zu einer Ausblendung von Gesellschaftsberatung bei der Politikberatung käme. (2) Politikberatung darf ferner nicht als „Substitut für sozialwissenschaftlich fundierte Beratung“ (S. 1) gesehen werden.

Die zentrale Forschungsfrage der Politikberatung wird im Buch vielfach darauf fokussiert, was sich über Politikberatung aus der Perspektive einer *kritischen Politikwissenschaft* sagen lässt. Dieses Ausgangsparadigma einer kritischen Politikwissenschaft wird über folgende Merkmale bestimmt: (1) Sie ist an „Veränderungen der Wirklichkeit in demokratischer und emanzipatorischer Hinsicht“ (S. 2) interessiert; (2) sie verlangt (institutionell gedacht) autonome und unabhängige Bedingungen der Wissensproduktion; (3) und sie fordert eine Einbindung der Öffentlichkeit. Kritische Politikwissenschaft sieht sich durch Politikberatung herausgefordert. Hinzu kommt, dass Politikberatung häufig außerhalb der Politikwissenschaft generiert wird, hier also die Politikwissenschaft über kein Monopol verfügt. Die akademische Basis der Politikberatung verweist auf ein interdisziplinäres Setting.

Ein weiterer analytischer Strang des Buchs setzt sich systematisch damit auseinander, wie sich politikwissenschaftlich produziertes (kriertes) Wissen in Politikberatung und schließlich Politik umsetzen lässt. Akademisches Wissen der Politikwissenschaft/Sozialwissenschaften wird häufig nicht direkt von politischen AkteurInnen aufgenommen. Hier spielen unterschiedliche Systemlogiken hinein. Das Wissenschaftssystem ist an der Produktion von Wissen zur Erklärung der Welt interessiert. Hingegen für das politische System steht mehr die Produktion „kollektiv verbindlicher Entscheidungen“ (S. 2) im Vordergrund. Akademisch produziertes politikwissenschaftliches Wissen muss in die Anwendungslogik von Politik „übersetzt“ werden, und das im Kontext begrenzter Zeitrressourcen (Zeitengpass) – es ist also nicht immer gewährleistet, dass politikwissenschaftliche Beratung bei den politischen AkteurInnen auch „ankommt“ (S. 3). Wissenschaft/Politikwissenschaft kann die Aufgabe übernehmen, neue Probleme und